

Franz Ledermüller über Agrarpolitik – Agrargeschichte

HISTORICUM: Was ist nach 1945 das Typische an politischen Entscheidungsprozessen im Agrarbereich im Vergleich zu anderen Politikbereichen?

Ledermüller: Im Zeitraum nach 1945 gibt es eine große Zäsur mit dem EU-Beitritt. Alles davor war dominiert durch Marktordnung und Zweidrittel-Gesetzgebung, die damit verbundenen Fragen waren klassische Themen der Sozialpartner. Der Ablauf war im wesentlichen immer derselbe: Im Frühjahr haben die Parteien oder Regierung und Opposition, je nachdem, ihre Anträge zu den Marktordnungsgesetzen im Parlament eingebracht. Diese Anträge sind dort zwei, drei Monate lang mehr oder weniger unbehandelt liegengeblieben. Dazwischen haben die Sozialpartner die tatsächlichen Verhandlungen geführt, die meistens mit den eingebrachten Anträgen relativ wenig zu tun gehabt haben. Was man eingebracht hat, waren Maximalvorstellungen, die man formuliert hat, um der eigenen Seite jeweils zu signalisieren, was man eigentlich gern als Optimum herausholen möchte. Das hat man dann natürlich nie erreicht. Die Verhandlungen waren immer ein außerordentlich umfangreiches Geschehen. Über Wochen hat man – manche Tage bis weit in die Früh hinein – verhandelt. Jeder denkbare Schlußtermin ist – das war eine Grundregel – mindestens um vierzehn Tage überzogen worden, und das Parlament selbst hat, außer daß es am Schluß im Ausschuß und in zweiter und dritter Lesung den Gesetzen die Zustimmung erteilt hat, de facto nichts damit zu tun gehabt.

HISTORICUM: Also eine reine Spezialistenangelegenheit.

Ledermüller: Das war in sehr starkem Umfang so. Selbstverständlich sind zumindest zwei Minister in der Regel am Tisch gesessen,

das waren der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister.

HISTORICUM: Die Minister sind bei den Sozialpartnerverhandlungen persönlich dabei gewesen?

Ledermüller: Zumindest in der Phase, in der ich unmittelbar mit diesen Dingen zu tun gehabt habe, sind sie dabei gewesen. Finanzminister Lacina hat sich zum Beispiel immer sehr stark in die Marktordnungsverhandlungen eingebracht. Letzten Endes hat man sich fragen können, ob es sich um Verhandlungen der Regierungsparteien unter wesentlicher Beiziehung der Sozialpartner oder um Sozialpartnerverhandlungen im Beisein von Regierungsvertretern handelt. In keinem Bereich ist die Durchdringung von Regierung und Sozialpartnerschaft stärker offen zutage getreten. Im Kern waren es aber Sozialpartnerverhandlungen und weniger Verhandlungen zwischen zwei Ministern. Im Parlament ist dann mit umfassenden Abänderungsanträgen von zwei Abgeordneten, nämlich den Fraktionsprechern der beiden großen Parteien, das vorgelegt worden, was in der Nacht vorher irgendwann als Einigung festgestanden ist. Das ist im Ausschuß oft innerhalb einer halben Stunde abgewickelt worden, weil jeder gewußt hat, daß nun nicht einmal mehr ein Beistrich geändert werden kann. Und dann ist es ins Plenum gegangen und ist auch dort so erledigt worden.

HISTORICUM: Das war das Verfahren. Und was war inhaltlich typisch?

Ledermüller: Inhaltlich gab es insofern eine Tendenz, als zumindest ab Beginn der achtziger Jahre die SPÖ versucht hat, den Markt stärker zu liberalisieren und die Exporterstattungen in Frage zu stellen, von denen die österreichische Landwirtschaft damals extrem abhängig war. Wir haben ja etwa im

Milchbereich Überschüsse von 120 bis gegen 130 Prozent des Inlandsabsatzes gehabt, beim Getreide Überschüsse ebenfalls in diesen Größenordnungen. Im Rinderbereich lagen die Überschüsse bei etwa 110 Prozent des Inlandsabsatzes, periodisch im Schweinezyklus auch im Schweinemarkt. Es hat ein hoch ausdifferenziertes System von Marktzugangsbeschränkungen gegeben, zum Beispiel das Dreiphasensystem im Obst- und Gemüsebereich, wo man versucht hat, je nach Anfall der österreichischen Ernte den Marktzugang zu regulieren: Sobald die österreichische Ernte auf den Markt gekommen ist, wurde der Zugang entsprechend eingeschränkt beziehungsweise wurde überhaupt nichts mehr hereingelassen. Die Sozialdemokratie hat zumindest ab Beginn der achtziger Jahre versucht, im Interesse einer Verbilligung am österreichischen Markt bei allen drei Instrumentarien, die es in einer Marktordnung gibt, also bei Preisregelung, Marktzugang und Exporterstattung, Liberalisierungen zu erreichen. Nachdem es letzten Endes aber wegen der Zweidrittelgesetzgebung in irgendeiner Form wieder zu einer Einigung kommen mußte, ist es zwar zu einem langsamen Abbau der Instrumentarien und zu einer langsamen Öffnung des Marktes gekommen, grundsätzlich aber haben die Systeme bis 1994 gehalten. Die Exporterstattungen waren allerdings auch innerhalb der Bauernschaft ein relativ heftiger Diskussionspunkt. Die Bauernschaft hat natürlich selbst gesehen, daß qualitativ hochwertige Nahrungsmittel um Milliarden Schilling ins Ausland mehr oder weniger verschenkt wurden – man muß es so sagen, wenn man die Preise auf den Auslandsmärkten bedenkt. Wir haben damals Emmentaler nach Griechenland als Industriekäse um 40 Schilling verkauft; da

Agrar- und europapolitische Zeittafel

1945

Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs am 27. April und erste Regierungserklärung (ÖVP, SPÖ, KPÖ) von Karl Renner

Bundesverfassungsgesetz im Wortlaut 1929 wird in Kraft gesetzt

Wahlen am 25. November, Leopold Figl wird der erste Bundeskanzler der Zweiten Republik, Josef Kraus (NÖ) Landwirtschaftsminister

Wiedererrichtung der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen

Gründung der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation FAO

1946

Das UNRRA Hilfsprogramm (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) bis 30.6.1947 ermöglicht die Ankerbelung der Produktion: die Bereitstellung von 74 000 Tonnen Saatgut und etwa die gleiche Menge Dünger sowie Maschinen tragen dazu bei

Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz zur Verbesserung der Versorgung

Gründung der Hagelversicherung

1947

Wiederaufbauplan des US-Außenministers George Marshall (ERP = European Recovery Program), wirksam vom 1.7.1948 bis 31.12.1953, trägt wesentlich zur Verbesserung des Lebensstandards bei

Anbaugesetz zur Lenkung der Produktion

1948

Landarbeitsgesetz zur Regelung des Arbeitsrechts in der Land- und Fortwirtschaft

Außenhandelsverkehrsgesetz

Internationales Handelsabkommen (GATT) tritt in Kraft

1950

Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt am 9. Mai die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs (Vorstufe zur EG) vor

Regelung der Agrarmärkte durch die Schaffung des Milchwirtschafts-, Getreidewirtschafts- und Viehwirtschaftsfonds

1952

Erlassung des Futtermittelgesetzes

Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen

Franz Thoma (Steiermark) wird am 23. Jänner zum Landwirtschaftsminister bestellt

1954

war allein der Milcheinsatz im Produkt schon höher als der Erlös. Das System hat sich damit natürlich in Frage gestellt – aber es hat aus Sicht der Bauern im wesentlichen funktioniert. Die Preisentwicklung ist klarerweise immer hinter den Wünschen der Landwirtschaft zurückgeblieben, aber es hat durch dieses Instrumentarium eine relativ starke Absicherung der österreichischen Betriebe gegeben. Das System ist auch deshalb nie grundsätzlich zur Disposition gestellt worden, weil die Sozialpartner gesehen haben, daß man einander in verschiedenen anderen Fragen brauchen würde. Die Zuckermarktordnung war hier über den EU-Beitritt hinaus das treffendste Beispiel: Bauern und Gewerkschaft hatten ein klares Interesse an der Aufrechterhaltung des Marktordnungssystems und beide haben davon profitiert: Die Bauern mit stabilen Preisen weit über Weltmarktniveau und die Arbeiter in der Zuckerindustrie mit sicheren Arbeitsplätzen. Wobei man sagen muß, daß die Landwirtschaft sicher immer der schwächste Teil der Sozialpartnerschaft gewesen ist.

HISTORICUM: Wer hat das eigentlich wahrgenommen, was dabei tatsächlich vorgegangen ist? Die Entscheidungen hat die Spezialistenrunde getroffen, aber wessen Interessen sind faktisch wirksam geworden? Dieser Bereich gehört ja nicht zu den Politikmaterien, bei denen sich praktisch jeder als Experte fühlt. In der breiten Öffentlichkeit hat man das System ja im einzelnen überhaupt nicht durchschaut.

Ledermüller: Ich glaube, auf der Konsumentenseite ist es wirklich auf die Experten der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbunds beschränkt gewesen. Es hat kaum nennenswerte Bewegungen auf Konsumentenseite gegeben, die das System grundsätzlich hinterfragt hätten. Es hat in der Medienöffentlichkeit natürlich wirtschaftsliberale Journalisten gegeben, die das System immer als völlig verfehlt angegriffen haben, aber diese Leute haben keine Breitenwirksamkeit erreicht. Auf Seiten der Landwirtschaft hat es die betroffenen Bauern gegeben, die immer gewußt haben, daß die Marktordnungsverhandlungen die wirtschaftspolitische Grundlage der eigenen Produktion und des eigenen Einkommens für die nächsten zwei, drei oder vier Jahre schaffen würden (das waren die üblichen Geltungsdauern der Marktordnungsgesetze). Das war im bäuerlichen Bereich immer klar, und da hat es sowohl vom Bauernbund als auch von den Kammern immer intensive Informationskampagnen schon in der Vorbereitung der Verhandlungen gegeben, so im Sinn von »Was wollen wir, wohin gehen wir?«. Da hat es selbstverständlich auch breite Diskussionen mit den Bauern

gegeben, damit man die Stimmungen und die besonderen Anliegen aufgreifen konnte. Und wenn die Ergebnisse vorgelegen sind, ist man flächendeckend in der Information wieder in Bauernversammlungen gegangen. Das waren Kampagnen unter Beteiligung aller verantwortlichen Funktionäre des Bauernbundes und der Kammern. Das hat sich zwischen den Beschlüssen im Parlament, die meistens Ende Juni/Anfang Juli gefallen sind, und der Ernte abgespielt, denn während der Ernte haben die Bauern keine Zeit mehr gehabt. Da gab es also innerhalb einer kurzen Phase eine intensive Information über die Ergebnisse der Marktordnungsverhandlungen.

HISTORICUM: Es war sich also jeder Bauer dann im klaren, was sich für ihn in den nächsten Jahren ändern würde.

Ledermüller: Es ist auch in bäuerlichen Medien entsprechend dargestellt worden, welche Auswirkungen die Ergebnisse haben. Diese Information war effektiv. Auf der Konsumentenseite sind die Ergebnisse von Marktordnungsverhandlungen jeweils nur zweimal in der Zeitung gewesen, nämlich an dem Tag, an dem das Ergebnis ausverhandelt worden ist, und dann noch an dem Tag, an dem es im Parlament endgültig beschlossen wurde. Das war's. Ein breites Interesse an diesen Dingen hat es im Prinzip nicht gegeben. Erst mit dem Biolandbau und der Direktvermarktung ist auch innerbäuerlich etwas entstanden, wo auch von den Produzenten her eine stärkere Verbindung zum Konsumenten gegeben war und es kleine Gruppen gegeben hat, die auch von der Konsumentenseite her dann dieses Geschehen um die Marktordnungen etwas kritischer verfolgt haben; aber die haben nie eine politische Bedeutung erlangt. Das hat man aufgegriffen, wenn es einem politisch in den Kram gepaßt hat – dann hat die Arbeiterkammer darauf hingewiesen, daß es da irgendeinen Verein gibt, der dies oder jenes will –, aber das hat in Wirklichkeit kaum politische Relevanz gehabt.

HISTORICUM: Sie haben gesagt, daß es innerhalb der Bauernschaft in der späteren Phase langsam eine kritische Sicht auf das Ganze gegeben hat. Wie weit sind jetzt unterschiedliche Interessen, etwa zwischen großen und kleinen Bauern, dabei zum Tragen gekommen? Oder ist das immer irgendwie ausgeglichen worden?

Ledermüller: Der Ausgleich hat immer im Vorfeld stattgefunden, weil die Verhandlungspositionen ja lange vorbereitet waren. Die unterschiedlichen Interessen sind nie in die Verhandlungen hineingetragen worden, denn sonst hätte die Landwirtschaft jede Verhandlung verloren. Man hat sich eine einheitliche Verhandlungsposition im Vorfeld erstritten. Politik ist immer eine Auseinander-

setzung um Interessen, aber das Wesentliche und eine Besonderheit der österreichischen Agrarpolitik war und ist, daß es wahrscheinlich in keinem anderen europäischen Land eine so enorme Verfaßtheit der agrarischen Interessen gibt, die in der Lage war (und auch jetzt noch in der Lage ist, auch wenn hier die Spannungen wahrscheinlich stärker werden), diesen internen Interessensausgleich zustande zu bringen. Man hat es geschafft, gegenüber der Politik mit den eigenen Interessen einheitlich aufzutreten, und war damit erstaunlich durchsetzungsfähig. Das hat nicht nur im unmittelbar agrarischen Bereich gegolten, es gilt für den Sozialbereich in gleicher Weise. Es gibt in Europa oder weltweit keine Sozialversicherung für die bäuerliche Bevölkerung, die mit der österreichischen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Systems auch nur im Ansatz vergleichbar wäre. Das ist mit dieser starken Einbindung der Bauern im Bauernbund und mit der Umsetzung über die Kammern möglich gewesen. Also, der Ausgleich hat funktioniert. Sicher hat es dann im nachhinein immer Diskussionen gegeben, ob jetzt nicht der Ackerbau ein bisschen besser abgeschnitten hat als die Milchwirtschaft oder ob in den Viehbereich vielleicht noch zwanzig Millionen mehr hätten hineingehen sollen, die man anderswo vielleicht hätte nehmen können. Das hat es in kleineren Gruppen schon gegeben, nach außen hin ist das Ergebnis aber auch wieder gemeinsam vertreten worden.

HISTORICUM: Also, man hat zwischen den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft einfach abgetauscht – die Milch bekommt so viel und der Ackerbau so viel.

Ledermüller: Man hat gemeinsame Positionen gefunden, und nachdem in den Verhandlungen natürlich Vertreter aus allen agrarischen Produktionsbereichen dabei gewesen sind, war immer der allgemeine Informationsstand da, damit dieses Gleichgewicht, das man gefunden hat, im wesentlichen auch bis zum Ergebnis gehalten werden konnte. Da hat es Wünsche im Milchbereich gegeben, es hat Forderungen im Fleischbereich gegeben, es hat fürs Getreide eine Preisforderung gegeben und es hat Wünsche nach Förderungen betreffend die Umstellung auf Alternativenbau, Raps, Erbse et cetera gegeben. Dann hat man geschaut, wie man das zusammenbekommt, und man hat natürlich gewußt, daß man nicht so verhandeln kann, daß quasi ein Bereich alles bekommt und der andere gar nichts. Das ist auch von der Zusammensetzung des Verhandlungsteams her gar nicht möglich gewesen.

HISTORICUM: Wie hat das von der anderen Seite her ausgesehen? Da gab es die Konsumenteninteressen, die fiskalischen Interessen – wie viel Spielraum hat überhaupt bestanden? Wie viel gab es denn überhaupt zu verhandeln, und hat es irgendwann Verhandlungen gegeben, in denen sich die Dinge wirklich ganz anders entwickelt haben als erwartet? Oder war das klar, wie es ungefähr laufen muß, weil es nicht anders geht.

teninteressen, die fiskalischen Interessen – wie viel Spielraum hat überhaupt bestanden? Wie viel gab es denn überhaupt zu verhandeln, und hat es irgendwann Verhandlungen gegeben, in denen sich die Dinge wirklich ganz anders entwickelt haben als erwartet? Oder war das klar, wie es ungefähr laufen muß, weil es nicht anders geht.

Ledermüller: Es hat natürlich Verhandlungssituationen gegeben, in denen die Sozialpartner und dahinter stehend dann auch die jeweils zugehörigen Minister sehr hart aneinander geraten sind. Es ist ja um sehr viel gegangen. Den ernsthaften Versuch, das ganze System umzustürzen, hat es nicht gegeben. Alles andere war eine Frage der Bandbreite, wie weit man beim Preis ging, wie weit beim Marktzugang, wie weit bei den Exporterstattungen.

HISTORICUM: In welchen Dimensionen hat sich das überhaupt abgespielt? Da gab es also vorher eine Belastung und nachher – um wie viel haben sich die voneinander unterschieden? Zwei Prozent? Fünf?

Ledermüller: Die gegenseitigen Forderungen zu Beginn waren natürlich weiter auseinander. Am Schluß hat man sich immer in Größenordnungen dieser Art geeinigt. Das ist ähnlich wie bei Lohnabschlüssen – daß sich ein Lohnabschluß für eine Partei um 50 Prozent verschiebt, das gibt es nicht. Und genauso hat es sich in der Marktordnung abgespielt, mit relativ kleinen Verschiebungen, denn solange ich das System nicht grundsätzlich umstürze, kann ich mich letztlich nur in diesen engeren Grenzen bewegen. Anders wäre es gewesen, wenn man das Gesamtsystem stärker hinterfragt hätte, was am Schluß von der Arbeitnehmerseite her auch immer mehr der Fall war, immer auch mit dem Hinweis auf den kommenden EU-Beitritt. 1989 hat es ja den Brief nach Brüssel und dann die Beitrittsverhandlungen gegeben. Das Argument war dann, daß wir schon im Hinblick auf die EU-Marktordnungsregelungen unser System sehr grundlegend umstellen müßten. Schritte in diese Richtung hat es gegeben, aber nie in einer Radikalität, daß das Gesamtsystem in Frage gestanden wäre.

HISTORICUM: Ist die Entstehung dieses Systems aus der Mangelwirtschaft unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären?

Ledermüller: Nein, die Anfänge der Marktordnung gehen bereits in die dreißiger Jahre zurück. Es hat mit den Fonds – Getreidefonds, Milchwirtschaftsfonds – begonnen, die damals schon sozialpartnerschaftlich besetzt waren und rudimentär die Aufgabe wahrgenommen haben, Marktverwerfungen im Interesse von Bauern und Konsumenten zu bereinigen. Das war der Beginn, und man hat dieses Instrumentarium nach dem Zwei-

Erste Förderungsrichtlinien für die Land- und Forstwirtschaft

1955

Staatsvertrag am 1. Mai

Bei den wichtigsten Produkten (Milch, Getreide) ist schon die Selbstversorgung gegeben

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) tritt in Kraft, bis heute ein sozialpolitischer »Meilenstein«

1957

Am 25. März unterzeichnen die Vertreter der sechs Gründerstaaten (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) in Rom die Verträge zur Gründung der EWG am 1.1.1958

1958

Marktordnungsgesetz faßt die Regelungen aus 1950 zusammen; bis zum EU-Beitritt mit vielen Novellierungen in Kraft
Bauernverbände einigen sich in der Konferenz von Stresa auf den bäuerlichen Familienbetrieb als agrarpolitisches Leitbild in der EG

1959

Eduard Hartmann wird am 18. Juli Landwirtschaftsminister

Einführung des Agrarinvestitionskredites (AIK)

1960

Landwirtschaftsgesetz am 17. Juli von ÖVP und SPÖ beschlossen; bis heute Grundlage für die Einkommensberichterstattung und Förderungsplanung

Gründung der Europäischen Freihandelszone (EFTA) am 4. Jänner, der auch Österreich beitrifft; Sitz in Genf

1961

Weinwirtschaftsgesetz; erste gesetzliche Grundlage

1962

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) wird eingeführt

1963

Schaffung des Berghöfekatasters
Einführung der Treibstoffverbilligung für bäuerliche Betriebe

1964

Karl Schleizer folgt am 4. April Eduard Hartmann als Landwirtschaftsminister nach

1965

Berufsbildungsgesetz für die Land- und Forstwirtschaft

Bauernkrankenversicherung wird eingeführt

1966

Bei den Nationalratswahlen am 6. März erringt die ÖVP mit Bundeskanzler Josef Klaus die absolute Mehrheit und bildet eine Alleinregierung; Karl Schleizer bleibt Landwirtschaftsminister

1967

Besondere Förderung des ländlichen Raumes durch die Flurverfassungsgesetz-novelle, das landwirtschaftliche Sied-lungs-Grundsatzgesetz sowie das Gü-ter- und Seilwegesetz

Erlassung des Qualitätsklassengesetzes

1968

Die befristeten Marktordnungsgesetze (Ge-treide, Fleisch, Milch) werden verlängert
100 Jahre Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

1969

Schaffung des Weinwirtschaftsfonds

1970

Am 1. März verliert die ÖVP bei den Natio-nalratswahlen die Mehrheit; Bruno Krei-sky bildet eine SPÖ-Minderheitsregie-rung, Oscar Weihs wird am 22. Mai nach Johann Öllinger SPÖ-Landwirtschafts-minister

Die Regierungserklärung vom 27. April strebt die Schaffung zusätzlicher Er-werbsmöglichkeiten in kleinbäuerlichen Gebieten und die Verbesserung der Ein-kommenslage in den Berggebieten an; ein weiterer Schwerpunkt in der Regie-rungserklärung sind die Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit und die Verbesserung der Marktordnung

Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes unter besonderer Berücksichtigung des ländlichen Raumes

1971

CEA-Bergbauernkongreß in Krems und Vor-stellung des Ersten Bergbauernsonder-programms durch Landwirtschaftsmini-ster Oscar Weihs

Weingesetznovelle: Hebung des Qualitäts-niveaus, Regelung über Qualitäts- und Siegelweine

Qualitätsklassen für Eier

Beginn der Förderungsmaßnahmen des »Bäuerlichen Besitzstrukturfonds«

1972

Beginn des Ersten Bergbauernsonderpro-grammes; bis 1978 werden für einzel-betriebliche Maßnahmen und für den Bergbauernzuschuß 2,63 Milliarden Schilling an Bundesmitteln aufgewen-det

Abschluß des Abkommens zwischen der EG und Österreich; Vereinbarung eines ge-sonderten »Agrarbriefes« zur Regelung des landwirtschaftlichen Warenaustau-sches

Abschluß eines EFTA-Übereinkommens über die Anwendung von Bestimmun-gen, die gegenüber der EG ausgehan-delt wurden und auf die EFTA-Staaten hinsichtlich der landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnisse Anwendung finden sollen

1973

ten Weltkrieg sofort in der Form, wie es rudimentär vorher bestanden hat, wieder auf-genommen. Die Fonds sind sofort wieder wirksam gewesen und haben in den Anfangs-jahren sozusagen die Mangelwirtschaft ver-waltet. Sie haben gewisse Ausgleiche herbei-geführt: der Milchwirtschaftsfonds hat am Anfang den Ausgleich zwischen den Milch-preisen stadtnaher Gebiete, also der Kon-sumzentren, und dem Konsum fern gelege-ner Gebiete zum Ziel gehabt, und diese Grundkonzeption hat man nach dem Zwei-ten Weltkrieg sofort wieder aufgenommen.

HISTORICUM: Und ohne EU-Beitritt hätte es keine Notwendigkeit für Änderungen gegeben?

Ledermüller: Ob das Gesamtsystem weitere zehn Jahre unverändert überstanden hätte, wenn wir nicht der EU beigetreten wären, hätte ich mich in dieser Phase nicht mehr zu beantworten getraut. Ich bin Anfang 1994, also im Jahr der Abstimmung über den EU-Beitritt, Bauernbunddirektor geworden, und es war uns intern schon klar, daß wir mit dem Marktordnungssystem unter den Bedingun-gen der weltweiten Agrarmärkte, der zuneh-menden Globalisierung, des zunehmenden Drucks auf unsere Märkte, ja, der zunehmen-den Schwierigkeit, unsere Produkte mit Exporterstattungen auf anderen Märkten un-terzubringen, an Grenzen kommen. Die Fra-ge war, ob unter diesen Verhältnissen die bestehende österreichische Positionierung unverändert hätte weiter beibehalten werden können – wahrscheinlich nein. Man hat in der Schweiz gesehen, die ja im Prinzip genau dieselben Instrumentarien angewendet hat, daß sie unter dem Druck der Marktverhält-nisse gezwungen war, ziemlich radikale Ver-änderungen zum Beispiel im Milchmarkt vor-zunehmen. Im Ackerbau hat sie nichts beson-deres machen müssen, weil es in der Schweiz keinen Ackerbau in einer wesentlichen Di-mension gibt. Aber für den Milch- und Rin-dermarkt haben sie unter dem Druck der Außenverhältnisse Dinge anpassen müssen, was eine deutliche Abkehr vom System be-deutet hat, das bis in die neunziger Jahre hinein gegolten hat.

HISTORICUM: Worin bestand dann in Öster-reich die Änderung mit dem EU-Beitritt in diesem ganzen Bereich?

Ledermüller: Die Änderung durch den EU-Beitritt bestand darin, daß die wesentlichen agrarpolitischen Entscheidungen aus dem Einflußbereich der Sozialpartnerschaft her-ausgenommen sind, weil sie in Brüssel fallen. Die Sozialpartner sind zwar nach wie vor in einigen Bereichen eingebunden, in der AMA in der Umsetzung der EU-Marktordnung und im Agrarmarketing, aber die Entschei-dungen über Änderungen der agrarischen

Marktordnung in der EU fallen logischerwei-se ohne die österreichischen Sozialpartner. Wobei es auch hier kein Zufall gewesen ist, daß in den Verhandlungsnächten und -tagen in Brüssel im März 1994 die beiden Spitzen-repräsentanten der Bauern mit dageigewesen sind. Sie waren zwar nicht unmittelbar am Verhandlungstisch (da hat die Regierung ver-handelt), aber Schwarzböck und Schwarzen-berger, also Kammerpräsident und Bauern-bundpräsident, sind in Brüssel dageigewesen. Es hat jeweils über den Verhandlungsstand eine unmittelbare Rückkoppelung gegeben. Das ist aus der intensiven laufenden Zusam-menarbeit von Agrarverbänden und Agrar-bürokratie zu erklären, die es in Österreich immer gegeben hat und die ein österreichi-sches Spezifikum ist. Das sieht man zum Beispiel in Frankreich, wo die Politik immer ein besonderes Interesse an der Agrarwirt-schaft gehabt hat: die französischen Agrar-verbände haben ganz einfach nicht diesen Zugang zur Politik, wie ihn die österreichi-schen Agrarverbände haben. Der größte Agrarverband, den es in Frankreich gibt, hat quasi einmal im Jahr zu einem Gespräch beim Minister anzutreten. Mehr ist das nicht, also es gibt nicht diese laufende Abstimmung zwi-schen der Politik und der Regierung einerseits und den Agrarverbänden auf der anderen Seite. Bei den EU-Verhandlungen hat das eben dazu geführt, daß die Agrarvertreter ebenfalls eingebunden wurden.

HISTORICUM: Welche Rolle haben die dann in Brüssel gespielt?

Ledermüller: Die Agrarpolitik ist ja nach Brüssel mit einem Konzept gegangen, das sich vollkommen vom späteren Ergebnis un-terschieden hat. Ausgangspunkt war die beste-hende Marktordnung und man war der Auf-fassung, daß wir eine radikale Markteröffnung nicht aushalten würden. Man ist mit diesem Konzept in Brüssel noch in die Schluß-verhandlungen gegangen, wobei es schon Si-gnale von der Kommission gegeben hat, daß man uns das nicht geben würde, weil es den EU-Regeln widerspricht – wenn ihr beitreten wollt, dann werdet ihr unsere Regeln akzeptie-ren müssen! Trotzdem ist man seitens der Landwirtschaft mit dem festen Willen nach Brüssel gefahren, zeitlich befristet ein System zu verlangen, in dem nicht sofort die vollstän-dige Markteröffnung erfolgen soll. Wir wollten an den Grenzen weiter sogenannte Beitritts-ausgleichsbeiträge einheben, also ein Kon-zept, das grundsätzlich an das angelehnt gewe-sen wäre, was vorher bestanden hat, um den radikalen Umstieg und die sofortige Markt-öffnung zu vermeiden. Die Verhandlungen in Brüssel haben gezeigt, daß das nicht durch-setzbar war. Das war für die beiden Spitzen-

repräsentanten schon eine außerordentlich weitreichende Entscheidung, daß sie letzten Endes bereit waren, ein Verhandlungsergebnis mitzutragen, das völlig anders aussah als das, womit sie nach Brüssel gegangen sind. Beide haben die Zustimmung für den politisch vernünftigeren Weg gehalten und die Verantwortung für das Ergebnis auf sich genommen. Aus meiner Sicht zeigt das die politische Handlungsfähigkeit der agrarischen Interessenverbände in einer solchen Situation. Es hat sich dann auch angesichts der ganzen Entwicklung der Landwirtschaft als die weitaus vernünftigere Entscheidung erwiesen. Man kann sich kaum vorstellen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn damals die Landwirtschaft Nein gesagt hätte und der EU-Beitritt allenfalls an dieser Frage gescheitert wäre. Man darf nicht übersehen, daß 1994 die Frage, wie es mit der Landwirtschaft in der EU weitergehen würde, nach bestimmten Umfragen an zweiter Stelle der Prioritätenliste der Gesamtbevölkerung gestanden ist. Es war also nicht ganz unerheblich, was die agrarischen Verbände zum EU-Beitritt sagten, weniger was die Bauern selbst betrifft (für diese war es allerdings auch entscheidend), sondern im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung, die in den agrarischen Fragen enorm sensibilisiert war. Ein dezidiertes Nein der agrarischen Verbände hätte also beträchtliche politische Probleme verursacht, und es war daher eine Entscheidung, die unter einem enormen politischen Druck zustande gekommen ist. Die Vertreter der Landwirtschaft haben sich dann gesagt, daß die Bauern nun zwar etwas ganz anderes bekommen werden als eigentlich gewollt, aber daß man eben schauen müsse, die Absicherungen, die in Brüssel nicht zu bekommen waren, über die österreichische Regierung im Rahmen der Fördersysteme der EU zu bekommen. Und das setzt sich bis heute fort. Österreich hat bei den Maßnahmen der ländlichen Entwicklung – Bergbauernzuschuß, Umweltprogramm, um die wichtigsten zu nennen – einen völlig überproportionalen Anteil gemessen an der Gesamtzahl der Bauern in der EU. Wir haben einen Anteil an der EU-Landwirtschaft von etwa zwei Prozent und einen Anteil an den Mitteln der ländlichen Entwicklung von zehn Prozent, den wir auch nach der jetzigen Runde behalten und eher sogar noch ausgebaut haben. Das heißt also, daß es damals mit der Entscheidung, das EU-Projekt der Regierung nicht zu gefährden, möglich wurde, mit der Regierung den Förderrahmen für die nächsten Jahre (und inzwischen haben wir ein gutes Jahrzehnt), so zu vereinbaren, daß die Landwirtschaft einen vertraglichen Übergang in die EU-Marktung hinein geschafft hat.

HISTORICUM: Wenn man jetzt voraussetzt, daß diese Zustimmung der beiden Herren nicht un wesentlich war für den EU-Beitritt, war dann die Zustimmung innerhalb der Bauernschaft dadurch zu erzielen, daß man den Bauern erklärt hat, außerhalb der EU wird es noch schwieriger? Das war ja die öffentliche Argumentation.

Ledermüller: Das war ein Teil der öffentlichen Argumentation, aber das hat nicht gereicht. Ich kann mich noch erinnern, wie nach einer eher krisenhaften Präsidiumssitzung die agrarischen Spitzenvertreter im Parlament an einem Freitagnachmittag beisammengesessen sind, das war ungefähr Mitte Mai 1994. Der Verhandlungsprozeß mit der Regierung – damals war Staatssekretärin Ederer Hauptverhandlerin für die Regierung auf Seite der SPÖ – war zu dieser Zeit in keiner Weise abgeschlossen. Ich kann mich noch an nächtelange Verhandlungen erinnern, in denen überhaupt nichts weitergegangen ist. Wir haben dann noch aus dieser Präsidiumssitzung heraus mit Bundeskanzler Vranitzky telefoniert und gesagt: Wir haben die Absicherung für einen vertraglichen Übergang in die EU hinein in Brüssel nicht bekommen, wir müssen das daher, um es den Bauern erklären zu können, hier in Österreich mit der Regierung ausmachen. Wir haben aber mit der Regierung noch nichts, wir haben in einem Monat die Volksabstimmung, und wir wissen nicht, was wir eigentlich unseren Leuten konkret auf den Tisch legen sollen, außer dem Argument, daß es auch dann nicht leichter wird, wenn wir nicht in die EU gehen. Vranitzky (der war gerade unterwegs nach Budapest) war sich im klaren, daß das eine relativ kritische Geschichte war. Es hat dann in der Nacht noch Gespräche zwischen Fischler und Lacina gegeben, und am nächsten Tag, am Samstagvormittag, waren wir im Bundeskanzleramt und haben mit dem Kanzler die Grundlagen des Pakets festgelegt, das jetzt noch wirkt: die Finanzierung des Umweltprogramms, des Bergbauernzuschusses und der anderen Maßnahmen. Das alles ist innerhalb von vierundzwanzig Stunden auf die Beine gestellt worden. Damit war eine politische Grundlage gegeben, daß man zu den Bauern gehen und ihnen die Rahmenbedingungen sagen konnte, die ein EU-Beitritt bringen würde. Es waren andere Rahmenbedingungen als die, die sie bisher gekannt hatten. Die Preise würden auf das deutlich niedrigere EU-Niveau sinken. Das haben wir auch nicht verschwiegen. Es hat ja auch eine WIFO-Studie gegeben, wo das dokumentiert gewesen ist. Die Ausgleichszahlungen, die es für vier Jahre gegeben hat, waren auf die erwarteten Preisrückgänge berechnet. Damit konnte man zu den Bauern gehen, und

Einführung eines »Viehwirtschaftlichen Hilfsprogramms« zur Förderung des Zuchtrinder- und Einstellerabsatzes aus dem Berggebiet

Sprunghafte Verteuerung der Energiekosten führt auch in der Landwirtschaft zu neuen Überlegungen hinsichtlich der Erzeugung von Energie aus Biomasse

Übereinkommen für eine flexible Krisengroschenregelung bei Milch zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ

1974

Start des Grenzlands Sonderprogrammes in Niederösterreich, systematischer Ausbau in den folgenden Jahren

Erstmalige Durchführung einer Rindfleischverbilligungsaktion

Im Zuge der eingetretenen Energiekrise wird eine Treibstoffbevorratung in der Landwirtschaft aufgebaut und bis 1978 5500 Hoftankanlagen errichtet.

Erstmalige Durchführung von Ölsaatenversuchen

1975

Die 1963 eingeführte Treibstoffverbilligungsaktion für die Landwirtschaft wird auf eine Bundesmineralölsteuervergütung umgestellt

Nach langwierigen Verhandlungen kommt es zur Verabschiedung eines modernen Forstgesetzes, das den vielfachen Funktionen des Waldes und den forstpolitischen Notwendigkeiten Rechnung trägt

1976

Neue Maßnahmen für die Forstwirtschaft werden eingeführt; Förderungen von Erholungseinrichtungen im Wald und Bundeszuschuß zur Waldbrandversicherung

Viehwirtschaftsgesetz: Einrichtung der Vieh- und Fleischkommission; Bewilligungspflicht für Ausfuhr von Schlachtvieh und Fleisch; Verpflichtung zur Erlassung von Preisbändern

Günter Haiden wird am 1. Oktober als Nachfolger von Oscar Weihs zum Landwirtschaftsminister bestellt

1978

Österreich wird Exportland für Getreide; Mitte der sechziger Jahre mußten noch mehr als 800 000 Tonnen eingeführt werden

Grundlegende Reform der Milchmarktordnung durch Ablösung des alten »Krisengroschensystems« und Einführung der Richtmengenregelung mit den allgemeinen und zusätzlichen Absatzförderungsbeiträgen

1979

Reform der Getreidemarktordnung mit dem Ziel, die Weizenaktion zu erweitern und die Exportfinanzierung zu ermöglichen. (Zusätzliche Schaffung einer Mahl-

weizenaktion und Einhebung von Verwertungsbeiträgen)
Das Europäische Währungssystem (EWS) tritt in Kraft

Sozialversicherungsgesetz (Zusammenfassung Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung in einem Gesetz)

1980

Verabschiedung des Gesetzes über ein land- und forstwirtschaftliches Betriebs- und Informationssystem (LFBIS)

1983

Vorlage eines Zehn-Punkteprogrammes der Bundesregierung gegen das Waldsterben

1984

Die Agrarischen Wirtschaftsgesetze, nämlich das Landwirtschaftsgesetz, das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, das Marktordnungsgesetz und das Viehwirtschaftsgesetz werden zum ersten Mal um vier Jahre (bisher zwei Jahre) bis 30. Juni 1988 verlängert

1985

Weinskandal führt zu einem neuen Weingesetz. Das Weinexportgeschäft kommt fast völlig zum Erliegen

Erste bundesweite Waldzustandsinventur
Auf der Tagung des Europäischen Rates von Luxemburg wird die »Einheitliche Europäische Akte«, durch die die Römischen Verträge geändert werden und die europäische Integration neuen Auftrieb erhält, beschlossen (Binnenmarktkonzept)

1986

Weichenstellungen für einen verstärkten Anbau von Eiweißpflanzen und Ölsaaten (Rapsanbau von 8750 ha auf 23100 Hektar gesteigert)

Auflösung des 1969 geschaffenen Weinwirtschaftsfonds; Einrichtung einer Weinkommission

Erich Schmidt folgt Günter Haiden als Landwirtschaftsminister nach

1987

Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung

Josef Riegler wird am 21. Jänner nach Beendigung der SPÖ/FPÖ Koalition im Kabinett Franz Vranitzky I zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bestellt

Die österreichische Weinmarketinggesellschaft nimmt am 2. Jänner ihre Arbeit auf und stellt am 4. Juni ein neues Marketingkonzept vor

Erste Förderungsaktion für den Anbau von Ölsonnenblumen

1988

Grundlegende Reformen der Marktord-

wir sind – das war meine Verantwortung – in der Phase vom Ende der Verhandlungen in Brüssel bis zur Volksabstimmung Anfang Juni praktisch mindestens einmal in jeder agrarischen Gemeinde in Österreich gewesen. Das war eine flächendeckende Information. Wir haben auch dafür gesorgt, daß es genug Referenten gab, die in der Lage waren, das zu erklären. Wir haben die ganze Kammerorganisation in diesen Informationsprozeß eingespannt. Den Bauern wurde klar vorgerechnet, wie sich der EU-Beitritt finanziell auswirkt. Und wir haben für den Herbst 1994 schon die ersten Vorbereitungsmaßnahmen treffen müssen. Damals sind die Leute alle mit dem Meßradl herumgerannt und haben ihre Äcker und Wiesen vermessen, weil wir ja die Grundlagen für das Marktordnungssystem der EU schaffen mußten. Es ist also ein enormer Prozeß in Gang gesetzt worden, nicht nur ein Informationsprozeß, sondern auch die Vorbereitung, daß die Leute dann am 15. Mai 1995 spätestens ihre Mehrfachanträge abgeben konnten, um die Förderungen zu bekommen. Es gab ja immer die Sorge, ob wir überhaupt von der Agrarbürokratie her in der Lage sein würden, die damals rund 200 000 Betriebe so zu informieren, daß sie ein mehrseitiges Antragsformular korrekt ausfüllen können. Fehler mußten so weit wie möglich vermieden werden, weil ja zumindest beim Umweltprogramm eine fünfjährige Bindungsfrist besteht – wenn die Leute dabei Fehler gemacht hätten, hätten sie das fünf Jahre lang nicht korrigieren können, und es hätte größte wirtschaftliche Auswirkungen auf den Einzelbetrieb gehabt, was man natürlich dann der politischen Vertretung vorgehalten hätte: Ihr habt mich nicht korrekt informiert, ihr habt mir nicht ausreichend erklärt, worum es da geht. Wir haben das geschafft. Natürlich hat es nach der Volksabstimmung Diskussionen darüber gegeben, wie die Bauern wirklich gestimmt haben.

HISTORICUM: Das wäre die nächste Frage.

Ledermüller: Es ist auf Basis einer allgemeinen Befragung am Abstimmungstag eine Aussage gemacht worden, daß die Bauern mehrheitlich gegen den Beitritt gestimmt hätten. Ich war überrascht. Dann habe ich gehört, daß in dem Sample nur 27 Bauern enthalten waren. Es war also ein völliger Unsinn, und ich habe dann unmittelbar eine eigene Nachwahl- beziehungsweise Nachabstimmungsbefragung mit einer Stichprobe von tausend Personen in Auftrag gegeben. Diese Befragung hat gezeigt, daß eine Mehrheit der Bauern für den Beitritt gewesen ist. Das hat durchgehend gegolten, es gab kaum Unterschiede zwischen Voll- und Nebenerwerb, es

hat nur regional gewisse Unterschiede gegeben, die aber auch nicht besonders ausgeprägt waren. Insgesamt war eine deutliche Mehrheit der Bauern für den Beitritt, zwar keine so große Mehrheit, keine 66 Prozent wie in der Gesamtbevölkerung, aber es waren 56 Prozent, die dafür gestimmt haben.

HISTORICUM: Jetzt zum Thema Agrargeschichte. Es gibt so eine Art Außenwahrnehmung der Bauern, die man als agrarromantisch bezeichnen könnte, mit traditionsverbundenen Bauern und den damit zusammenhängenden folkloristischen Aspekten. Auf der anderen Seite ist es doch bei einem Blick auf die Agrarwirtschaft ganz auffallend, daß meistens die Bauern überhaupt nicht sentimental wirken. Da gibt es keine Nostalgie, und wenn es irgendwie aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll ist, dann gibt man halt irgendeine Produktion auf. Man hat als Beobachter das Gefühl, es gibt in dieser Hinsicht keine emotionale Verbundenheit. Ganz stimmt es aber anscheinend auch nicht, zum Beispiel hört man immer wieder die Geschichten von den Bauern, denen das Herz blutet, wenn das letzte Roß auf dem Stall geführt wird, weil sie jetzt einen Traktor haben. Wie ist das generell einzuschätzen? Wieweit ist in der Landwirtschaft das Herkommen handlungsbestimmend oder Legitimation für irgendetwas? Denken Bauern im großen und ganzen stark historisch, in ihrer eigenen Tradition, oder ist das nicht irgendwie auffällender als bei anderen Bevölkerungsgruppen?

Ledermüller: Wenn man es sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten anschaut, wenn man diesen enormen Veränderungsprozeß, diesen Produktivitätsschub in der Landwirtschaft sieht, dann kann man nicht sagen, daß die Bauern nach der Maxime gewirtschaftet hätten: »Das haben wir immer so gemacht, und jetzt machen wir es weiter.« Es ist ganz offensichtlich das Gegenteil der Fall. Ja, die Bauern haben immer rasch auf alles zugegriffen, was sich im technischen, wirtschaftlichen Bereich als verbessernd für die eigene Produktion gezeigt hat. Dieser enorme Anstieg der Produktivität wäre nicht möglich gewesen, wenn die Bauern irgendwie gesagt hätten, nein, ...

HISTORICUM: ... ich bleibe bei den Ochsen ...

Ledermüller: ... wir bleiben bei den Ochsen, wir nehmen weiterhin das Saatgut aus dem eigenen Betrieb, und so weiter. Ich glaube schon auch, daß das ein Teil der Effizienz der politischen und der Interessensvertretung, also von Bauernbund und Kammern war, die ich im europäischen Vergleich für überragend halte. Das war ein Teil des Systems, daß die Informationen und die Veränderungsprozesse sehr stark gesteuert worden sind und daß sie in sehr kurzer Zeit eine starke Breitenwirkung erreicht haben. Warum hat

man in bestimmten Regionen Produktionschancen so konsequent umgesetzt? Wenn man sich zum Beispiel nur an die Schweineproduktion in der Steiermark erinnert, dann ist dort innerhalb von zehn Jahren in einigen Bezirken flächendeckend die ganze Produktion umgestellt worden. Das waren Betriebe, die vorher Mischwirtschaft hatten und die sich dann spezialisiert haben. Das ist unter Anleitung der Kammer und der Mitwirkung des Bauernbundes und vor Ort von Leitbetrieben geschehen und nach Information durch Funktionäre und Berater, die man sich geholt hat. Also vom Wirtschaften her, glaube ich, ist die Bauernschaft immer ein Berufsstand gewesen, der die sich bietenden Möglichkeiten offensiv aufgegriffen hat. Da mag es eine Emotion gegeben haben, wenn man das letzte Pferd weggegeben hat – natürlich war da eine Emotion. Da ist ja eine jahrhundertlange Geschichte zu Ende gegangen, und dieses Bewußtsein hat man schon gehabt. Aber gearbeitet hat man trotzdem mit dem Traktor, weil es halt schneller, effizienter, einfacher, bequemer war. Das war völlig logisch. Das gilt für alles andere auch. Die reinen Ackerbaubetriebe sind auch erst ab Mitte der fünfziger Jahre entstanden, als sich einzelne Betriebe gesagt haben: Ich kann eigentlich als reiner Ackerbauer leben. Ich kann mein Vieh aus dem Stall nehmen. Die sind natürlich auch am Anfang angeschaut worden, in der Art von »Also jetzt hört sich das Bauerntum auf!« Die anderen, die in ähnlichen Produktionsgebieten agiert haben, haben zwei Jahre zugeschaut und festgestellt, daß das gut geht und man damit gut leben kann, daß man sehr viel weniger Arbeit hat und es für den Betrieb sinnvoll ist. Und daher haben sie es auch gemacht. Also ich glaube nicht, daß die historische Verwurzelung am Althergebrachten die Betriebe veranlaßt hätte, gegen die wirtschaftliche Vernunft und die Möglichkeiten, die sich am Markt geboten haben, zu handeln.

HISTORICUM: Und der Nebenerwerb? Ist der wirtschaftlich vernünftig?

Ledermüller: Da haben sich die Leute gesagt, daß sie mit ihrer Betriebsgröße, mit ihrer Lage und mit dem Kapitalbedarf, den eine Intensivierung erfordern würde, keine wirtschaftlich vernünftige Möglichkeit hätten. Dann haben sie, sobald der Arbeitsmarkt die entsprechenden Möglichkeiten geboten hat, einen außerlandwirtschaftlichen Erwerb aufgenommen. Das war für die Leute eine enorme Umstellung, wenn sie plötzlich in der Bauwirtschaft oder in Industriebetrieben arbeiten mußten. Das war kein einfacher und schmerzloser Prozeß, und natürlich haben sie ihre Landwirtschaft weitergeführt – vielleicht

auf einer etwas weniger intensiven Stufe (in vielen Fällen haben sie das leider nicht gemacht). Meistens hat die Frau das auch noch mit übernommen. Aber der Veränderungsprozeß ist eigentlich immer dann wahrgenommen worden, wenn sich eine Chance dazu geboten hat. Es hat in diesem Sinn nie ein Beharren gegeben. Umgekehrt glaube ich schon, daß bestimmte Verhaltensmuster eine Rolle spielen, die auch, aber nicht ausschließlich mit der Wirtschaft zu tun haben. Zum Beispiel das Bewußtsein, daß man arbeitet, um am Ende den Kindern wieder einen Betrieb zu übergeben, der auch eine Grundlage für deren Wirtschaft und deren Einkommen sein soll. Es gibt also dieses berühmte Nachhaltigkeitsdenken und bestimmte andere fest eingeprägte Traditionen im kulturellen Bereich, in denen vielleicht die bäuerliche Bevölkerung stärker verhaftet ist, als das in anderen Bereichen der Fall ist. Es liegt auch daran, daß die kulturellen Bindungen im ländlichen Raum intensiver sind als in einer städtischen Region, wo die Individualisierung es ermöglicht, sich sehr rasch von bestimmten kulturellen, religiösen Werten zu trennen, weil einen niemand deswegen anschaut. Am Land wird man schon angeschaut, wenn man nicht mehr in die Kirche geht; es gibt diese kulturellen und gesellschaftlichen Grundausrichtungen im bäuerlichen Bereich und sie haben eine stärkere Bindungswirkung, weil unter anderem die soziale Kontrolle im ländlichen Raum stärker ist als in städtischen Bereichen.

HISTORICUM: Und hat das auch die Funktion, daß man den wirtschaftlichen Wandel besser bewältigt, wenn man kulturell immer noch irgendwo in entweder hergebrachten Bahnen oder vielleicht sogar in neu erfundenen Strukturen ist, die einen Halt geben.

Ledermüller: Man hat zumindest in einem Lebensbereich relativ größere Sicherheit, ja. In der Wirtschaft weiß man, daß man jedes Jahr schauen muß, wie man weiterkommt, wenn man den eigenen Betrieb sichern will. Man hat dafür wahrscheinlich in der eigenen Lebensgestaltung eine entsprechend größere Sicherheit gehabt. Sicher hat es auch in den bäuerlichen Familien immer wieder schauderhafte Probleme gegeben, in den Ehen, zwischen den Generationen. Das Elend der Übergeber, wenn sie einmal übergeben hatten, war ja ein relativ häufig vorkommendes Phänomen. Trotzdem haben diese kulturellen Zusammenhänge funktioniert, daß man aus den vorgegebenen kulturellen und gesellschaftlichen Rollen kaum ausgebrochen ist – im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die hat man relativ rasch verändert. Die Ehefrau hat ihre Rolle als Bäuerin immer noch wahrgenommen, wenn die

nungsgesetze sowie Neufassung des Zielkataloges

Vorstellung des ökosozialen Manifests von Josef Riegler

1989

Vorbereitungsarbeiten der österreichischen Agrar- und Ernährungswirtschaft für den EU-Beitritt; 17. Juli: Antrag auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft
Am 24. April wird Franz Fischler als Nachfolger des zum Vizekanzler ernannten Josef Riegler Landwirtschaftsminister

Neukonzeption der agrarischen Forschung im Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft unter Einbeziehung der direkt Betroffenen. (Arbeitskreise in den Bundesländern)

1990

Umstellung der landwirtschaftlichen Förderung auf neue Schwerpunkte sowie Forcierung jener Maßnahmen, die produktions- und marktmäßigen sowie ökologischen Anforderungen entsprechen (erstmalige Förderung von Extensivierungsmaßnahmen); einzelbetriebliche Förderung von Betrieben mit biologischer Wirtschaftsweise

Errichtung der Austro-Milch-Export-Abwicklungsgesellschaft (AMEA)

Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzperiode des Nationalrates

Deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober

1991

Einführung der Bäuerinnenpension
Österreichische Gesellschaft für Agrarmarketing (ÖGA) nimmt Tätigkeit auf

Einbeziehung der Bergbauernbetriebe der Zone 1 in die Bergbauernzuschuß-Förderung; rund 23000 Betriebe

Abkommen über die Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), dem die Gemeinschaft und ihre westeuropäischen Nachbarländer angehören

1992

Einrichtung der Agrarmarkt Austria (AMA)
Neues Landwirtschaftsgesetz (BGBl. Nr. 375/1992). Durch das LWG 1992, welches nunmehr ein einfaches Gesetz ist und unbefristet gilt, wird eine rechtliche Basis für eine rasche und bessere Information über die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft und eine rechtliche Basis der Agrarförderungspolitik in Österreich geschaffen. (Finanzierungsschlüssel zwischen Bund und Ländern: 60:40)

Vertrag über die Europäische Union (EU) wird in Maastricht (Niederlande) unterzeichnet

1993

Verwirklichung des Binnenmarktes
Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) als Zusammenschluß der zwölf EG-Länder und sieben EFTA-Staaten

1994

Übereinkommen zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention) von Österreich als erstem Land ratifiziert

Einigung auf ministerieller und politischer Ebene über die Finanzierung der Übergangsregelungen für die österreichische Bauernschaft anlässlich des EU-Beitritts
Europa-Abkommen der Bundesregierung vom 22. April (Solidarpaket)

Österreichs Bevölkerung stimmt am 12. Juni mit überwältigender Mehrheit für EU-Beitritt

Am 29. November wird Wilhelm Molterer Landwirtschaftsminister

Arbeitsübereinkommen von SPÖ und ÖVP für die XIX. Gesetzgebungsperiode im Parlament (Koalitionspakt)

1995

Beitritt Österreichs zur EU; Franz Fischler wird Agrarkommissar in Brüssel

Degressive Ausgleichszahlungen (bis 1998) werden zur Minderung des Einkommensverlustes nach dem EU-Beitritt wirksam

Vereinbarung über das 40-Milliarden-Paket zwischen Bund und Ländern gemäß Landwirtschaftsgesetz (Finanzierungsregel: 60 Prozent Bund, 40 Prozent Land)

Schaffung des ÖPUL-Programms
Neue Abgrenzung für die Berggebiete (EU-Ausgleichszulage)

Beginn der neuen ländlichen Entwicklungspolitik (Zielgebiete)

Aus dem GATT wird die Welthandelsorganisation (WTO) mit 148 Mitgliedern (2005); Sitz in Genf

1996

Vorlage des Bergbauernmemorandums in Brüssel

BSE-Krise erschüttert die EU-Agrarpolitik (Österreich: 3 Fälle bis 2005)

1997

Einrichtung des auf EU-Rechtsgrundlagen basierenden Integrierten Kontroll- und Verwaltungssystems (INVEKOS)

Die Agenda 2000 wird von der EU-Kommission vorgelegt

Beschlußfassung über das Europäische Agrarmodell als neues Leitbild

1998

EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr
Einleitung des Beitrittsprozesses von zehn beitrittswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas und Zyperns

Weiterentwicklung des Umweltprogramms (ÖPUL 95)

Ehe schon ein reines Unglück gewesen ist. Jetzt kann man sagen, das ist gut oder schlecht. Es hat jedenfalls eine stabilisierende Wirkung. Es sind sich alle über ihre Rollen und über die Wichtigkeit zur Stabilisierung des Gesamtbetriebes im klaren gewesen. Es ist auch heute noch so, daß im bäuerlichen Bereich Scheidungen immer noch vernachlässigbar gering sind gegenüber dem, was sich in der Gesamtgesellschaft abspielt. Also, das wirkt sicher noch nach; aber es wird sich ändern. Es wird – weil sich die Rollen, die Verantwortlichkeiten im Betrieb ändern – auch hier Änderungen geben. In der Tendenz würde ich nach wie vor sagen, daß hier schon eine Stabilität bestanden hat, die in anderen Gesellschaftsbereichen in diesem Ausmaß zumindest seit den siebziger Jahren nicht mehr gegeben war.

HISTORICUM: Es ist ja die Landwirtschaft der Bereich, in dem es traditionell eine starke, sozusagen theoretische Selbstwahrnehmung gibt, und vielleicht kommt das auch nicht aus der Landwirtschaft selbst, sondern auch aus amtlichen Bedürfnissen heraus, weil sie ein so wichtiger Wirtschaftsbereich war. Also die Agrarstatistik ist traditionell immer die beste Statistik gewesen. Daher jetzt die Frage zur Agrargeschichtsschreibung und konkret zur Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Wie leicht war das zu bewerkstelligen, daß da ein großes, auch repräsentatives Werk über Landwirtschaft in der historischen Betrachtung geschaffen wird. Gibt es so eine Art historisches Selbstbewußtsein zumindest in den Verbänden oder auch in der Agrarbürokratie, die das fördert und ermöglicht, oder ist das halt einfach zufällig zustande gekommen, weil einige Leute dahinterwaren?

Ledermüller: Ich glaube schon, daß es ein historisches Bewußtsein über die eigene Rolle im bäuerlichen Bereich gibt. Diese Aufarbeitung aber und alles, was in diesem Bereich entstanden ist, ist auf Einzelinitiativen zurückgegangen. Wenn ich nicht von meiner Ausbildung her den Zugang gehabt hätte, dann hätte es die zweibändige Agrargeschichte nicht gegeben. Es war mir ein Bedürfnis, natürlich auch mit dem Jahrhundertwechsel, der angestanden ist, einmal eine Bilanz zu ziehen. Es hat einen ersichtlichen Mangel an agrarhistorischer Forschung gegeben; einzelne Ansätze hat es gegeben, aber nie wirklich eine zusammenfassende Sicht. Es gab immer wieder einzelne Versuche, auch von einzelnen bäuerlichen Betrieben, kleinere Broschüren, in denen jemand einfach aus eigenem Interesse heraus sich die Dinge aufschreibt, was dann irgendwann einmal vielleicht sogar veröffentlicht wurde. Bei größeren Betrieben gab es vorher schon zum Teil Hofgeschich-

ten, die relativ teuer und umfangreich produziert worden sind. Das ist ein Signal, daß es bei den Bauern schon ein gewisses Interesse an der eigenen Geschichte gibt und daß man, wenn man die Möglichkeit hat, sich durchaus um eine Aufarbeitung bemüht. Bei den Verbänden gab es eher eine Art Erinnerungsliteratur; so etwas wird natürlich immer gerne gelesen – man liest etwas über Figl und erinnert sich, daß man den einmal bei einer Versammlung gesehen hat. Es gab aber keine wissenschaftliche Aufarbeitung. Da wollte ich eben auch einen bewußten Schritt setzen, daß man aus dieser Erinnerungsgeschichte heraus in eine wissenschaftliche Aufarbeitung geht, die auch über den eigenen Berufsstand hinaus Bestand hat. Die zweibändige Agrargeschichte war ein Versuch, das Thema auch weiter in die historische Forschung in Österreich hineinzubringen und das Interesse für die agrargeschichtliche Forschung zu wecken. Ich glaube, das ist ganz gut gelungen, mit dem Institut von Professor Bruckmüller wird ja weiter gearbeitet. Es gibt seither immer wieder einiges an wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit der Agrargeschichte, es wird systematischer über die Agrargeschichte gearbeitet, als es davor der Fall war. Wir machen selber hier im Haus gemeinsam mit dem Institut von Professor Bruckmüller ein Projekt über die Entwicklung der bäuerlichen Sozialversicherung. Ich glaube, das wird eine interessante Sache werden, weil wir ja auch wieder vor einem Umbruch stehen – wenn es die Fusion mit der Gewerblichen Sozialversicherung gibt, dann ist damit sozusagen die berufsständische Sozialversicherung der Bauern beendet. Und das hängt auch wieder mit den wirtschaftlichen Entwicklungen zusammen: Bauern im Vollerwerb sind über weite Strecken Unternehmer, sind zum Teil auch Arbeitgeber und haben ähnliche Ausrichtungen wie Gewerbebetriebe. Da gibt es einen Bäcker im Mühlviertel, der fünfzig Mitarbeiter hat, eine Großbäckerei. Er ist aber nach wie vor Bauer, vermarktet sein eigenes Getreide und ist Direktvermarkter. Aber er ist halt in Wahrheit auch Unternehmer. Und die Tendenz ist, daß sich weite Teile der Landwirtschaft genau in diese Richtung hin bewegen. Sie sind wirtschaftliche Unternehmer. Die Unterschiede, die es mit der Gewerbeordnung gibt, verwischen sich und werden sich weiter verwischen.

HISTORICUM: Die klare Unterscheidung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe in den Statistiken des 19. Jahrhunderts ist ja auch irreführend gewesen; da hat es ja auch alle möglichen Zwischenformen gegeben.

Ledermüller: Ja, es ist stark vermischt gewesen, und jetzt wird es helfen, diese zum Teil

unsinnigen Grenzziehungen aufzuheben. Das Wirtschaften der Betriebe auf der einen und auf der anderen Seite nähert sich soweit an, daß man über die Grenzziehungen wird nachdenken müssen, auch was gesetzliche Rahmenbedingungen betrifft. Wie auch immer, wir untersuchen jetzt die Entwicklung der bäuerlichen Sozialversicherung an einem Punkt, an dem diese Geschichte zwar nicht zu Ende geht – es wird eine bäuerliche Sozialversicherung und ein bäuerliches Sozialversicherungsgesetz weiter geben –, aber an dem es eine andere Organisationsform geben wird, die eben nicht mehr berufsständisch ist. Einiges andere ist im Laufen. Ich bin, nachdem wir die beiden Bände fertig gehabt haben, nicht mehr in der Lage gewesen, für den Verein für Agrargeschichte, den es noch gibt, eine sinnvolle Organisationsstruktur so aufrecht zu erhalten, daß Forschungen weiter über den Verein laufen. Die Mitarbeiterin, Frau Magister Edlinger, ist eben jetzt selber Bäuerin, und ohne organisatorischen Rahmen funktioniert so etwas nicht. Die zweibändige Agrargeschichte ist auch nur zustande gekommen, weil es das gegeben hat. Da gab es am Anfang Workshops, bei denen wir die Struktur der beiden Bände intensiv diskutiert haben, damit klar war, in welche Richtung wir gehen würden, was dann im wesentlichen auch gehalten hat. Dann hat es regelmäßige Treffen gegeben, bei denen man über den Fortgang der Arbeit gesprochen hat. Ich bin überzeugt, daß die beiden Bände die ursprüngliche Zielsetzung, die wir gehabt haben, recht gut erfüllen. Ich kann weniger beurteilen, wie weit sie jetzt, abgesehen von den paar Rezensionen, die es gegeben hat, wirklich unter den Historikern als wesentlicher Teilbereich der österreichischen Geschichtsschreibung der letzten Jahre wahrgenommen worden sind. Aber ich glaube aufgrund der zunehmenden Forschungstätigkeit im Bereich der Agrargeschichte, daß da doch etwas ausgelöst worden ist, daß wir durch den Stil der beiden Bände es doch geschafft haben, auch in den bäuerlichen Bereich zurückzuwirken. Es ist vor allem der erste Band vielfach (zugegebenermaßen oft von älteren Leuten) mit großen Interesse verfolgt worden. Man hört eher zufällig, wenn sich Leute äußern, daß sie das gelesen haben, und da ist man dann oft einmal erstaunt, wenn ein achtzigjähriger Pensionist sagt, in vier Wochen hat er das jetzt gelesen, und es hat ihm sehr gut gefallen. Da ist dann diese Rückkopplung hinein auch in den agrarischen Bereich gelungen. Es hat natürlich, nachdem die wissenschaftliche Darstellung in manchen Bereichen zu anderen Ergebnissen kommt, als man sie in lieber Erinnerung hat, auch unter

den agrarischen Funktionären durchaus über einzelne Darstellungen der beiden Bände ganz schön heftige Auseinandersetzungen und Diskussionen gegeben. Aber ich glaube, die beiden Bände sind jetzt, so wie sie da sind, akzeptiert und kommen gut an.

HISTORICUM: Wie schaut denn die finanzielle Seite der aufwendigen Organisation in der Erarbeitung dieser Bände aus? Wie weit tragen sich die Bände selbst?

Ledermüller: Eine Selbstfinanzierung wäre sicher nicht möglich gewesen. Der Verlag hat von jedem Band fünfhundert Stück verkauft; beide Bände sind also beim Verlag vergriffen. Wir haben zusätzlich 2500 Stück verkauft, und es sind vom zweiten Band noch einige Exemplare da, vom ersten nur mehr wenige. Rein aus dem Verkaufserlös heraus wäre es undenkbar gewesen, das zu finanzieren. Das war nur möglich, weil ich mit Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer vereinbart habe, daß ich dafür eine entsprechende Förderung von Seiten des Landwirtschaftsministeriums über die Laufzeit des Projektes von fünf Jahren bekomme. Damit ist sich das alles ausgegangen.

HISTORICUM: Kann man – auch von einem ähnlichen Projekt, der Österreichischen Industriegeschichte her gesehen – sagen, daß ohne eigene Projektassistenten ein solches Projekt undurchführbar ist?

Ledermüller: Absolut. Man braucht eine Ansprechstelle.

HISTORICUM: Daß das unter Beteiligung öffentlicher Stellen gelungen ist, macht schon auch den Eindruck, daß es mit der besonderen Rolle der Landwirtschaft als eigenem und auch institutionelle abgesonderten Bereich zu tun hat: Klar identifizierbar, ein eigenes Ressort, verbandsmäßig durchorganisiert. Das ist wahrscheinlich doch ein wesentlicher Punkt.

Ledermüller: Selbstverständlich, ja. Wenn es diese Anknüpfung nicht gegeben hätte, wenn nicht Molterer von Anfang auch gesagt hätte, daß das ein wichtiges Projekt ist und unterstützt wird, wäre das kaum möglich gewesen. Hätte ich zu drei, vier, fünf Stellen gehen müssen, wäre ich nie sicher gewesen, daß ich die Finanzierung zusammenbringe. Es war ja von Anfang an relativ klar, was da als Kosten entstehen würde. Das hat von vornherein geklärt werden müssen, und dafür war diese Situation ganz wesentlich.

HISTORICUM: Danke für das Gespräch.

Das Gespräch führte Michael Pammer.

GD Mag. Franz Ledermüller, Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Ghegastraße 1, 1031 Wien, franz.ledermueller@svb.sozvers.at

EU-Legislativvorschläge zur Förderung des ländlichen Raums

1999

Vertrag von Amsterdam

Einigung über die Agenda 2000 in Berlin

Vorlage des Programms für die ländliche Entwicklung

2000

Implementierung der Agenda 2000

Nach den Nationalratswahlen 1999 kommt es zur Regierungsbildung aus ÖVP/FPÖ; Wolfgang Schüssel wird Bundeskanzler, Wilhelm Molterer bleibt Landwirtschaftsminister

EU-Sanktionen gegen Österreich nach Bildung der Regierung.

Neues Bundesstabilitätsgesetz; Errichtung der Statistik Austria als öffentlich-rechtliche Körperschaft

2001

Programm für die Förderung des Biolandbaus (Bioaktionsprogramm)

2002

WTO-Konferenz wird ergebnislos in Cancun (Mexiko) abgebrochen

Einführung des EURO als neue Währung
ÖVP/FPÖ Regierung beschließt die Nachhaltigkeitsstrategie

Zusammenlegung des Umwelt- mit dem Landwirtschaftsministerium

Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) wird auf gesetzlicher Grundlage am 1. Juni geschaffen

2003

GAP-Reform: Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion (Umweltauflagen)

2004

Neue EU-Verfassung wird vorgelegt

EU-Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten

Neues EU-Programm für die ländliche Entwicklung 2007/2013 – Schaffung des Förderungsfonds (ELER)

Milchprämie wird eingeführt

2005

Umsetzung der GAP-Reform in Österreich mit dem Betriebsprämienmodell

WTO Ministerkonferenz in Hongkong

Frankreich und Niederlande stimmen gegen den EU-Verfassungsentwurf

Die für die Land- und Forstwirtschaft maßgebenden Wirtschaftsgesetze bilden die rechtliche Grundlage für die neue GAP (Agrarrechtsänderungsgesetz)

16. Dezember: Einigung der Staats- und Regierungschefs über den Finanzplan 2007/2013 in Brüssel

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Poschacher, Österreichische Vereinigung für Agrar-, Lebens- und Umweltwissenschaftliche Forschung, Muthgasse 107, 1190 Wien